

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 25. April 2012

§ 268

Motion Landratsfraktion FDP-Landratsfraktion „Behandlung von Stellenbegehren an Budgetdebatte koppeln“

(Bericht Regierungsrat, 6.3.2012)

Benjamin Mühlemann, Mollis, Erstunterzeichner des Vorstosses, und die FDP-Landratsfraktion sind mit dem Antrag des Regierungsrates einverstanden. Sie danken für ausführliche Stellungnahme und aufgezeigte Lösungsansätze. – Behandlung von Stellenbegehren ist aber nicht nur Sache des Landratsbüros, wie die Regierung schreibt. Vielmehr ist gemeinsam eine Praxis zu entwickeln, um die im vergangenen Jahr erlebten unglücklichen Situationen zu verhindern. Begehrte die Regierung anfangs Jahr eine Stelle und das Büro beschlosse Zuwarten bis zur Budgetberatung, käme dies kaum gut an. Der Vorstoss hat beide Seiten für das Thema und für das Finden einer befriedigenden Lösung sensibilisiert, was zu erreichendes Ziel sein muss. – Die Antragstellerin bevorzugt konsequentes Vorberaten von Stellenbegehren durch die Finanzaufsichtskommission (FAK), und nicht durch Spezialkommissionen oder die Sachkommission Finanzen und Steuern; den Einfluss der FAK auf das Schreiben von Mitberichten zu beschränken, wäre zu umständlich. Da der Landrat in seinen Entscheiden ohnehin eingeschränkt ist und die Regierung Stellenbegehren immer gut begründen kann, werden die finanzpolitischen Aspekte schliesslich entscheidend sein. – Der starre Zeitpunkt „Budgetdebatte“ ist irrtümlich als zu starr wahrgenommen worden. Selbstverständlich müssen Ausnahmen möglich sein, insbesondere wenn sie im Zusammenhang mit Landsgemeinde-Entscheiden stehen. – Die Fraktion bietet in diesem Sinne Hand für eine sachliche Regelung und unbürokratische Erledigung des Vorstosses.

Thomas Kistler, Niederurnen, Präsident Kommission Finanzen und Steuern, verweist auf die Landratsverordnung, welche das Bearbeiten von Vorlagen zum „Personal“ und zur „Organisation“ dieser Kommission zuweist (Art. 47 Bst. c und d). Stellenbegehren sind somit von der Kommission Finanzen und Steuern zu behandeln.

Christian Marti, Glarus, ist sich dieser Vorgaben bewusst, versteht allerdings unter dem Verweis auf das „Personal“ die Auseinandersetzung mit allgemeinen Bestimmungen und Anstellungsgrundlagen; dies allein ist sachlogisch Thema der Kommission Finanzen und Steuern. Anders verhält es sich bei Stellenbegehren. Diese sind der FAK zuzuweisen und nicht einer departementalen Kommission. – Die weiteren Abklärungen mögen dazu Klarheit bringen.

Abstimmung: Der Antrag des Regierungsrates ist angenommen. Der Vorstoss ist als Postulat überwiesen.